

# Policy Brief

## Im Osten was Neues? Strukturwandel in der Lausitz – eine Zwischenbilanz

Cottbus, 27. Februar 2023

Policy Brief im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

### **Autoren**

Dr. Gunther Markwardt

Julia Rettig

Prof. Dr. Jan Schnellenbach

PD Dr. Mirko Titze

Prof. Dr. Stefan Zundel

Kontakt: [gunther.markwardt@b-tu.de](mailto:gunther.markwardt@b-tu.de) / [rettig@b-tu.de](mailto:rettig@b-tu.de) / [jan.schnellenbach@b-tu.de](mailto:jan.schnellenbach@b-tu.de) /  
[mirko.titze@iwh-halle.de](mailto:mirko.titze@iwh-halle.de) / [zundel@b-tu.de](mailto:zundel@b-tu.de)

## 1. Der aktuelle Stand

Am 14. August 2020 trat das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen in Kraft. Mit dem Gesetz wurde anlassbezogen ein neuer Baustein in der Regionalpolitik geschaffen. Einerseits sollen damit die Folgen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung abgemildert werden, andererseits erhalten die betroffenen Regionen eine echte Chance nach dem Kohleausstieg besser dazustehen als zuvor. Auch wenn bekanntlich die Finanzhilfen auf zwei Säulen ruhen, sind doch die Länder in einer besonderen Verantwortung bei der Entwicklung von guten Ideen und neuen Projekten.

In diesem Beitrag ziehen wir, gut zweieinhalb Jahre nach dem Startschuss, eine Zwischenbilanz des Strukturwandels in der Lausitz. Dabei geht es zunächst um eine kurze Bestandsaufnahme der Zielgrößen, die im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung stehen: die Zahl der Arbeitsplätze, die durch die bisher bewilligten Strukturwandelprojekte neu geschaffen werden, sowie die Verwendung und die räumliche Verteilung der Strukturstärkungsmittel in der Region.

Viele Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen der so genannten Arm 1-Maßnahmen beschlossen wurden, befinden sich noch in der Genehmigungs- oder Planungsphase und können zum jetzigen Zeitpunkt über einen Ankündigungseffekt hinaus noch keine Wirkung entfalten. Daher lassen sich aus Sicht der Begleitforschung bisher auch nur erste Tendenzen und Entwicklungsrichtungen identifizieren, die wir einordnen, wissenschaftlich beurteilen und dabei sowohl auf Chancen als auch auf Risiken hinweisen.

Auch wenn, so unser Fazit, der Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz auf einem guten Weg ist, dürfen sich die Akteure der Region nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen. Der Erfolg der bisherigen Förderpolitik, die eingeschlagenen neuen Entwicklungspfade aber auch die Begrenztheit der noch zur Verfügung stehenden Mittel legen eine Nachschärfung der Förderkriterien nahe. Am Ende des Policy Briefs unterbreiten wir hierfür einige Vorschläge.<sup>1</sup>

Einschränkend möchten wir anmerken, dass sich die Entscheidungen über den richtigen Einsatz von Strukturmittelgeldern nicht direkt und vor allem nicht allein auf wissenschaftlichen Überlegungen gründen lassen. Diese sind immer auch Ergebnis von politischen Entscheidungen, die sich auf Wertvorstellungen stützen, wie die Lausitz in Zukunft aussehen soll.

### Bestandsaufnahme I: Arbeitsplätze

Die Anzahl der direkt und indirekt Beschäftigten, die in der Braunkohleverstromung in der Lausitz tätig waren, wurde vom RWI im Jahre 2018 auf rund 13.500 beziffert (Frondelet al., 2018). Davon entfallen etwa 2/3 auf die brandenburgische Lausitz. Diese Arbeitsplätze sind grundsätzlich durch den geplanten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gefährdet.

Gleichwohl sind die in der Wertschöpfungskette Braunkohleverstromung tätigen Unternehmen nicht passiv; sie passen ihre Geschäftsmodelle an die neuen Gegebenheiten an (siehe z.B. Markwardt et al., 2016). Beispielsweise arbeitet die LEAG AG aktiv an einer unternehmerischen Neuprofilierung. So ver-

---

<sup>1</sup> Alle Ausführungen in diesem Policy Brief basieren auf einer längeren Studie, die unter dem Titel „Statusbericht: Im Osten was Neues? Strukturwandel in der Lausitz – eine Zwischenbilanz“ 2023 für die Staatskanzlei Cottbus angefertigt wurde. Ein Download des Policy Briefs steht ab dem 8.3.2023 auf der Internetseite [https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/BeForSt/BeForSt\\_Policy\\_Brief\\_Endfassung.pdf](https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/BeForSt/BeForSt_Policy_Brief_Endfassung.pdf) zur Verfügung.

kündete das Unternehmen im September 2022 seinen „GigawattFactory“ Plan (LEAG, 2022b). Mit diesem Plan der zeitgleichen Entwicklung von Solar- und Windkraftanlagen soll die Lausitz zum größten Zentrum für Erneuerbare Energien Deutschlands transformiert werden (LEAG, 2022a, 2022b, 2022c). Die Annahme ist plausibel, dass der reale Arbeitsplatzabbau in der Lausitz deutlich hinter den potenziell gefährdeten Arbeitsplätzen zurückbleibt.

Gleichzeitig zeigen die durch Wirtschaft und Politik getroffenen Maßnahmen schon Wirkung. Die nach jetzigem Planungsstand angekündigten (zum Teil schon realisiert) Arbeitsplätze sind in Tabelle 1 abgebildet. Nicht berücksichtigt wurde bei dieser Aufstellung eine mögliche zweite Welle von neuen Arbeitsplätzen, die sich durch den Lausitz Science Park (LSP) und den Ausbau des Carl-Thiem-Klinikums (CTK) zu einem digitalen Leitkrankenhaus und einem Universitätsklinikum ergeben. Der Arbeitsplatzeffekt für den LSP lässt sich gegenwärtig kaum seriös prognostizieren. Mit Blick auf den Ausbau des CTK ist von 1.500 Arbeitsplätzen die Rede.

**Tabelle 1:** Übersicht der geplanten Arbeitsplätze in der Lausitz

Art	geplante Arbeitsplätze
Industrie	2.750
Wissenschaft	1.500
Behörden	550
Summe	4.750

Quellen: Eigene Zusammenstellung. Rohdaten aus Deutsche Bahn (2023), Deutscher Bundestag (2022), Lausitz Magazin (2021), MWFK (2022), RBB (2020), RBB (2022a), RBB (2022b), WFBB (2022), Zeit (2022)

Wenn angenommen wird, dass etwa die Hälfte der gefährdeten Arbeitsplätze in der Braunkohleverstromung nicht durch eine Anpassung der Geschäftsmodelle der betroffenen Firmen an die neue Energiewelt gesichert werden können, dann ergibt sich ein Ersatzbedarf von rund 4.500 Arbeitsplätzen in Brandenburg. Diesen stehen aktuell ca. 4.750 angekündigte Arbeitsplätze gegenüber, davon 2.750 in der Industrie. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der beschleunigte Trend zur Tertiarisierung an Deutschland und der Lausitz nicht spurlos vorbeigehen wird. Daher sollten auch andere hochwertige Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistung oder der Wissenschaft als vollwertiger Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze gelten dürfen.

## **Bestandaufnahme II: Verteilung der Fördermittel**

Dieser Abschnitt befasst sich mit der Untersuchung der Allokation der mit InvKG-Mitteln unterstützten Projekte, sowohl aus a) thematischer als auch aus b) räumlicher Sicht. Die Bestandaufnahmen in diesem Abschnitt beziehen sich ausschließlich auf die sogenannten Arm 1-Maßnahmen, darunter sind all diejenigen Projekte zu verstehen, die die Länder in Eigenregie auswählen (Kapitel 1 InvKG).

### *a) Nach Förderbereich*

Die Tabelle 2 zeigt die absolute und relative Verteilung des geplanten Investitionsvolumens nach Verwendungszweck. Die Förderbereichskategorien leiten sich unmittelbar aus dem Gesetz ab.

Mit Datenstand Januar 2023 haben 61 Projekte den Qualifizierungsprozess der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) durchlaufen und wurden von der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) für förderwürdig befunden. Dahinter steht ein geplantes Investitionsvolumen von fast 1,5 Mrd. Euro. Fast 40 Prozent der geplanten Investitionskosten entfallen auf den Förderbereich Infrastrukturen für FuE, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung. Das Land Brandenburg setzt damit eindeutig einen Schwerpunkt auf

die Generierung und den Transfer von Wissen, das heute als entscheidende Determinante (regionaler) wirtschaftlicher Entwicklung gilt.

**Tabelle 2:** Investitionen (Plangrößen) der mit § 4 InvKG-Mitteln unterstützten Projekte nach Förderbereichen (Stand: Januar 2023)

Förderbereich nach §4 (1) InvKG	geplante Investitionen <sup>a</sup> (in Mio. €)	Anteil (%)
wirtschaftsnahe Infrastruktur	334,2	22,8
Verkehrsinfrastruktur	126,4	8,6
Infrastruktur Daseinsvorsorge	179,0	12,2
Städtebau, Stadt- und Regionalentwicklung	0,5	0,0
Kommunikationsinfrastruktur	107,2	7,3
touristische Infrastruktur	57,6	3,9
Infrastrukturen FuE, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung	566,7	38,7
Klima- und Umweltschutz	93,4	6,4
Naturschutz und Landschaftspflege		0,0
<b>Total</b>	<b>1 465,0</b>	<b>100,0</b>

Anmerkungen: <sup>a</sup> Gesamtkosten laut Fachvermerk für die Sitzungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG).

Quellen: Eigene Zusammenstellung. Rohdaten: Büro des Lausitzbeauftragten der StK BB.

#### *b) Räumliche Verteilung*

Die Betrachtung der räumlichen Verteilung der Fördermittel beinhaltet diejenigen Gemeinden, die – gemessen an der Anzahl – mindestens ein Prozent aller ausgewählten Projekte auf sich vereinen. Auf diese 19 Gemeinden entfallen fast 91 Prozent der ausgewählten Projekte, die ein Investitionsvolumen von 95 Prozent binden.

Von den 61 Projekten sind 53 (rund 87 Prozent) in Gemeinden verortet, die eine Spezialisierung der Beschäftigung in den Kohleindustrien aufweisen<sup>2</sup>. Dahinter steht ein Investitionsvolumen von fast 1,4 Mrd. Euro (rund 93 Prozent). In diesen Gemeinden leben mehr als 96 Prozent der Beschäftigten in Kohleindustrien und etwa die Hälfte aller Beschäftigten im Fördergebiet. Unter den begünstigten Gemeinden sticht die Stadt Cottbus deutlich heraus. Auf sie entfallen 60 Prozent des im Arm 1-Mitteln unterstützten Investitionsvolumens. Mit weitem Abstand folgen die Gemeinden Schwarzeheide (10,5 Prozent), Lübbenau (3,8 Prozent) und Senftenberg (5,6 Prozent).

Insgesamt zeigt sich also, dass das Land Brandenburg den Schwerpunkt seiner Maßnahmen auf den Förderbereich FuE, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung legt und in räumlicher Sicht das Gros der Mittel auf die kreisfreie Stadt Cottbus entfällt, die als Wissenschaftsstandort als Begünstigter für diese Ausrichtung ohnehin in Frage kommt. Mit dieser Schwerpunktsetzung folgt die brandenburgische Landesregierung den Erkenntnissen aus der theoretischen und empirischen ökonomischen Literatur, die in der Generierung und dem Transfer von Wissen den entscheidenden Impuls für regionale wirtschaftliche Entwicklung sieht.

<sup>2</sup> Bei der Bestimmung, ob eine Gemeinde eine Spezialisierung der Beschäftigung in Kohleindustrien aufweist, orientiert sich dieser Beitrag an der Vorgehensweise von Markwardt et al. (2022). Danach liegt eine Spezialisierung vor, wenn eine Gemeinde mehr als 5 Beschäftigte (gemessen am Wohnort) in Kohleindustrien (Wirtschaftszweige 05200 Braunkohlenbergbau sowie 09900 Dienstleistungen für den Bergbau) und einem Lokalisationskoeffizienten > 1 aufweist.

## 2. Im Osten was Neues?

Der Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz ist auf einem guten Weg: die Zahl der Arbeitsplätze, die in der Privatwirtschaft, in Behörden und in Wissenschaftseinrichtungen entstehen, dürften in etwa ausreichen, um den Arbeitsplatzverlust, der durch das Aus der Braunkohleverstromung droht, zu kompensieren.

Die Lausitz ist noch immer in großen Teilen ein Entleerungsraum. Die negative Bevölkerungsentwicklung, insbesondere im Bereich der 18 bis 64-Jährigen wird bislang nicht durch die Zuwanderung kompensiert. Die Engpässe, die sich auf dem Arbeitsmarkt auftun, sind daher der entscheidende Flaschenhals für die künftige Entwicklung. Die Lausitz befindet sich dabei in Konkurrenz mit einer Vielzahl anderer Regionen in Deutschland, die ähnliche demographische Probleme haben. Ohne Einwanderung von außerhalb Deutschlands und ohne eine deutliche Steigerung der Produktivität ist eine Bewältigung der Arbeits- und Fachkräfteproblematik nicht möglich. Wir empfehlen daher, das Thema Arbeits- und Fachkräftesicherung zur künftigen Priorität 1 bei den nächsten Maßnahmen zu machen.

Die existierenden Möglichkeiten der Region sollten stärker genutzt werden; eine Hochschule mit einem hohen Ausländeranteil und ein funktionierendes duales Ausbildungssystem können Startpunkt für eine gezielte Anwerbung von Arbeits- und Fachkräften und ihren Familien auf solchen ausländischen Arbeitsmärkten sein, die sich beispielsweise durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit auszeichnen.

In diesem Kontext werden auch die „weichen“ Standortfaktoren, bezahlbarer Wohnraum, das Angebot an guten Schulen und Kitas, Zugang zu ärztlicher Versorgung usw. bedeutsam. Auf die Dauer kann es eine nachhaltige erfolgreiche Ansiedlung neuer Unternehmen, Behörden und Wissenschaftseinrichtungen, die die dort Beschäftigten auch in der Region bindet, nur geben, wenn die weichen Standortfaktoren stimmen. Es kann allerdings nicht die Aufgabe der Strukturförderung sein gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Die Strukturförderung zielt primär auf die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Region. Die Daseinsvorsorge und die Grundausstattung mit öffentlichen Gütern bleiben Aufgaben der Kommunen und der dafür zuständigen Fachressorts. Durchaus vorstellbare Ausnahmen, die in einem engen Begründungszusammenhang zu konkreten Ansiedlungsvorhaben stehen müssten, sollten nach unserem Dafürhalten diese Regel bestätigen.

Mit Blick auf den Produktionsfaktor Wissen und das regionale Innovationssystem hat die brandenburgische Lausitz im Zuge des Strukturwandels einen großen Schritt nach vorne gemacht. Auch der Innovationskorridor Berlin-Lausitz, vom Technologiepark Adlershof bis zum Lausitz Science Park, ist ein vielversprechender strategischer Ansatz, um technologieaffine Gründer und Unternehmen in die Region zu holen.

Auch hier gilt: von allein wird sich der gewünschte Effekt auf die Beschäftigung der Region nicht einstellen. Es bedarf einerseits eines agilen Standortmanagements des neuen Lausitz Science Parks, der diese Art von Technologietransfer, die technologieorientierte Industrieansiedlung, unterstützt. Andererseits darf eine Stärke der Region, die Unterstützung der regionalen KMU im Rahmen von kleinen Verbänden von Wissenschaft und Wirtschaft, dabei nicht unter die Räder geraten.

Im Rahmen der Strukturförderung wurde bereits die Entwicklung einiger Gewerbeflächen gefördert. Da die Strukturförderungsmittel begrenzt sind, macht eine Auswahl von überregional bedeutsamen Gewerbeflächen politisch und ökonomisch Sinn. Diese Attraktivität der Gewerbegebiete lässt sich zweifellos noch durch ein Angebot steigern, bei dem die Versorgung mit Energie aus EE-Anlagen mit

dem Versprechen auf Versorgungssicherheit durch Speicher kombiniert wird. Gleichwohl raten wir zum jetzigen Zeitpunkt davon ab, weitere Gewerbeflächen in der Region mit Strukturförderungsmitteln zu entwickeln – zumindest so lange nicht absehbar ist, dass Instrumente zur Arbeits- und Fachkräftesicherung auch greifen.

Gleichwohl darf der Hinweis nicht fehlen, dass Planung, Genehmigung und Bau dieser Verbindungen die beteiligten Akteure in einer bisher nicht gekannten Art und Weise fordern werden. Noch nie in der Geschichte der Lausitz seit der Wende sind so viele Verkehrsprojekte gleichzeitig am Start gewesen. Mit Blick auf Planung und Genehmigung sollte daher darauf geachtet werden, dass Verzögerungen oder Schwierigkeiten bei einem Projekt nicht zu Problemen bei anderen Projekten führen. In Einzelfällen und gebunden an Projekte des Strukturwandels wird die Durchführung solcher Prozesse bereits aus den Mitteln des Arms 1 gefördert. Diese Praxis ist zu begrüßen und sollte fortgesetzt und, wenn erforderlich, auch ausgebaut werden, sofern sich ein direkter Zusammenhang zu Projektfortschritten herstellen lässt.

Schließlich möchten wir auch vor überzogenen Erwartungen nach der Beteiligung lokaler Unternehmen bei diesen Verkehrsprojekten warnen. Selbstverständlich muss für die regionale Bauwirtschaft ein diskriminierungsfreier Zugang zu den neuen Bauprojekten gewährleistet werden. Es kann aber nicht im Sinne der regionalen Entwicklung sein, dass ähnlich wie nach der Wende 1989 eine aufgeblähte Bauwirtschaft entsteht, die nach Beendigung der Strukturwandelprojekte keine Anschlussprojekte mehr findet. Daher halten wir es für sinnvoll, dass ein Teil dieser Aufträge auch an Unternehmen gehen, die ihren Sitz nicht in der Lausitz haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: anders als dies in der Vergangenheit für viele ostdeutsche Regionen galt, hat die Brandenburgische Lausitz eine echte Chance auf eine aufholende Entwicklung in einigen Teilregionen, insbesondere um das Zentrum Cottbus. Dafür müssen allerdings die Ansiedlungserfolge der jüngeren Vergangenheit abgesichert (Stichwort Fachkräftemangel), qualifiziert weitergeführt (Lausitz Science Park und Universitätsklinikum) und gut koordiniert werden. Wenn äußere Entwicklungen nicht störend dazwischenkommen, wird es im Osten der Republik in der Tat etwas Neues geben: eine Region, die den Anschluss an den deutschen Durchschnitt schafft.

### 3. Nachjustierung der Förderkriterien

Der Erfolg der bisherigen Förderpolitik und die Begrenztheit der noch zur Verfügung stehenden Mittel legen eine Nachschärfung der Förderkriterien nahe. Einige Vorschläge sind die folgenden:

- **Erste Förderpriorität** sollten in Zukunft alle Maßnahmen sein, mit denen sich der **Arbeits- und Fachkräftemangel** adressieren lässt. Es würde jedoch ökonomisch wenig Sinn machen, entsprechende Maßnahmen gleichmäßig über die Lausitz zu verteilen. Vielmehr sollte auch hier gelten, dass sie dort konzentriert werden, wo sich absehbar Beschäftigungszentren ausbilden oder besondere Probleme auf dem Arbeitsmarkt spürbar werden. Weil das Problem des Arbeits- und Fachkräftemangels insbesondere bei solchen Unternehmen virulent werden wird, deren Lohn- und Gehaltsstruktur mit den Neuansiedlungen nicht mithalten kann, wäre durchaus vorstellbar, dieses Problem auch durch den Just Transition Fund (JTF) zu adressieren, der im Unterschied zum Arm 1 InvKG eine Förderung von Unternehmen erlaubt. Eine Subventionierung von Löhnen und Gehältern kann hier allerdings nicht das Mittel der Wahl sein. Vielmehr muss es darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen und ihren Zugang zu Arbeitsmärkten außerhalb der Lausitz zu verbessern.

- Wirtschaftnahe Infrastruktur, insbesondere die Förderung von **neuen** Gewerbegebieten, sollte nicht mehr im Mittelpunkt der Förderung stehen. Davon ausgenommen sind etwaige Erschließungsdefizite von Gewerbegebieten, die für die aktuellen Ansiedlungen vorgesehen sind, und Gewerbegebiete, die für konkrete, strategisch bedeutsame Ansiedlungen nach Maßgabe der WFBB benötigt werden.
- Zu den Maßnahmen, die für die Gewinnung von Arbeitskräften relevant sind, gehören auch die Ausstattung mit öffentlichen Gütern, die sich im weitesten Sinne der Daseinsvorsorge zuordnen lassen (Schulen, Kitas, Nahverkehr, ärztliche Versorgung usw.). Soweit dies die Förderkriterien zulassen, sollten solche **Infrastrukturen in der Nähe der Ansiedlungsschwerpunkte unterstützt** werden. Eine flächendeckende Verbesserung der Daseinsvorsorge in der Lausitz ist wünschenswert, aber nicht das primäre Ziel einer Strukturförderungs politik.
- Alle Projektvorschläge müssen sich an der **Wirkmächtigkeit ihrer positiven Externalitäten** für die Region messen lassen. Die Antragsteller sollten deutlich machen können, dass ihr Vorhaben nicht nur der begünstigten Kommune, sondern auch der Region nutzt. Dieses Kriterium lässt sich womöglich auch bei der Ausgestaltung des Eigenanteils der Antragsteller nutzen.
- Sobald sich ein Konsens zu den Zukunftsbildern der Region gebildet hat, sollten künftige Antragsteller ihre **Projektvorschläge in die Zukunftsbilder der Region einordnen** können.
- Im Bereich der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen gilt es den Fokus auf die etablierten Einrichtungen zu legen, diese zu verstetigen und sicherzustellen, dass insbesondere der Bereich Transfer einen bedeutenden Stellenwert einnimmt. Ein mögliches Instrument zur Erhebung der Transferaktivitäten wäre ein gemeinsamer Transferbericht aller Wissenschaftseinrichtungen unter Federführung der BTU in Cottbus, der sich einerseits an den Erhebungskriterien der Transferstelle der BTU orientiert und andererseits auch gezielt Transfers vom Typ wissenschaftsgetriebene Firmenansiedlung erfasst.

Wir empfehlen als Risikoversicherung ferner, einen kleineren Prozentsatz der Fördermittel für Preissteigerungen und für Ad-Hoc-Maßnahmen, die der Beschleunigung von Verwaltungs- und Genehmigungsprozessen dienen können, vorzuhalten.

#### 4. Schlussbemerkung

Der Strukturwandel ist nicht nur ein Vorhaben, das sich in Arbeitsplätzen, Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Arbeitsproduktivität, Lohn und Einkommen messen lässt. Der Strukturwandel braucht Symbole und Maßnahmen, mit denen sich die Bevölkerung in der Region identifizieren kann. Das können Bauten sein, deren architektonische Anmutung mehr ist als ein nüchterner Funktionsbau und die Kriterien des nachhaltigen Bauens erfüllen; das können aber auch Kultur- und Sportveranstaltungen und die dazugehörigen Einrichtungen sein. Im Projektportfolio der Arm 1 Maßnahmen finden sich bereits einige, die den Bereichen Kultur und Sport zugeordnet werden können. Auch hier gilt: Wünschenswert sind insbesondere solche Vorhaben, die über die jeweilige Kommune hinaus Strahlkraft in der Region entfalten können. Insgesamt ist die architektonische, regional- und landschaftsplanerische Begleitung des Strukturwandels ausbaufähig.

## Literaturverzeichnis

- Barnstorf, P. (2022): Deutsches Tesla-Werk endgültig genehmigt, *Tagesschau*, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/gruenes-licht-fuer-tesla-fabrik-in-gruenheide-101.html>.
- Deutsche Bahn. (2023): Allgemeine Projektinformationen, <https://www.db-neues-werk-cottbus.com/das-projekt/allgemeine-projektinformationen.html>.
- Deutscher Bundestag. (2022): *Kleine Anfrage der Abgeordneten, Ansiedlung von Bundesbehörden in den Kohlerevieren* (Bericht der Bundesregierung Drucksache 20/1693), Deutscher Bundestag: 20. Wahlperiode, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001693.pdf>.
- Frondel, M., Budde, R., Dehio, J., Janßen-Timmen, R., Rothgang, M., & Schmidt, T. (2017): *Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Endbericht der RWI für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*. RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/endbericht-rwi-erarbeitung-aktueller-vergleichender-strukturdaten-deutsche-braunkohleregionen.html>.
- Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG): BGBl. I S. 1795 (2020), <https://www.gesetze-im-internet.de/invkg/BJNR179510020.html>.
- Landesregierung Brandenburg. (2018): *Strukturentwicklung in der Lausitz, Bericht des Lausitz-Beauftragten* (Bericht der Landesregierung Drucksache 6/10239), Landtag Brandenburg: 6. Wahlperiode, [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladedoku/w6/drs/ab\\_10200/10239.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladedoku/w6/drs/ab_10200/10239.pdf).
- Lausitz Magazin (2021): Ausgabe 17, Frühjahr 2021, *Zeit für Veränderung. Struktur & Stärkung Ein Wegweiser durch die erste Förderperiode*, <https://www.lausitz-medien.de/medien/print/lausitz-magazin.de>.
- LEAG. (2022a): *Die Lausitz wird Deutschlands grünes Powerhouse*, Pressemitteilung, <https://www.leag.de/de/news/details/die-lausitz-wird-deutschlands-gruenes-powerhouse/>
- LEAG. (2022b): *Übersicht GigawattFactory*. GigawattFactory. <https://www.leag.de/de/gigawattfactory/>.
- LEAG. (2022c): *Übersicht Unternehmen*. Das Unternehmen. <https://www.leag.de/de/unternehmen/>.
- Markwardt, G., Mißler-Behr, M., Schuster, H., Zundel, S., & Hedderoth, J. (2016): Strukturwandel in der Lausitz. Wissenschaftliche Auswertung der Potentialanalysen der Wirtschaft der Lausitz ab 2010 [Gutachten im Auftrag des Brandenburgischen Ministeriums für Wirtschaft und Energie], [https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekono-mik/public/Strukturwandel%20Lausitz/Gutachten\\_Structurwandel\\_Lausitz.pdf](https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekono-mik/public/Strukturwandel%20Lausitz/Gutachten_Structurwandel_Lausitz.pdf).
- Markwardt, G., Schnellenbach, J., Titze, M., & Zundel, S. (2022): Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz, *ifo Dresden berichtet*, 29(3), 12–18.
- MWFK. (2022): Auskunft: Mitarbeiter/-innen wissenschaftlich und administrativ aller geplanten Projekte Arm 1 und Arm 2 im Bereich Wissenschaft und Forschung (auch ohne Beschluss Bund Länder Koordinierungsgremium bzw. IMAG), Stand 06.09.2022.
- RBB (2020): *BASF bekommt 175 Millionen Euro Fördergelder*, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/politik/2020/08/basf-schwarzheide-foerdermittel-kathodenfertigung.htm/Twitter>.
- RBB (2022a): *Bauarbeiten für Europas erste Fabrik für Lithiumhydroxid sollen noch 2022 starten*, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/wirtschaft/2022/02/guben-rock-tech-lithium-millionen-investition-elektroautos.html>.
- RBB (2022b): *Bifi-Hersteller beginnt mit Bau von Produktionshalle in Guben*. <https://www.rbb24.de/studiocottbus/wirtschaft/2022/10/brandenburg-guben-ansiedlung-bifi-jack-links-spatenstich.html>.
- WFBB (2022): *In Aussicht gestellte Industriearbeitsplätze in der Lausitz vom 03.11.2022*.
- Zeit (2022): *Altech Industries: Neuer Produktionsstandort in der Lausitz*, <https://www.zeit.de/news/2022-01/12/altech-industries-neuer-produktionsstandort-in-der-lausitz>.